

Sächsische Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Bemerkungen - Sammelnummer 25 241
Rote für Nachdruckrechte: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage über durch die Post bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 21,- M., vierstündiglich 63,- M.
Die einzige 32 mm breite Seite 5,- M. Auf Sonnenanzeigen, Anzeigen unter
Städten u. Wohnungsanzeichen, Spalten 10,- M. Bezugsschluß laut
Tat. Auswärts Rechnung gegen Versandkosten. Einzelnummer 1 M.

Schriftleitung und Herausgeber: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Wiederaufdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Sächsische Nachrichten.“) gestattet. — Unterlangsame Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Restaurant ersten Ranges
22 Waisenhaus-Straße 22

REGINA-PALAST

Jeden Dienstag und Freitag vornehmer Regina-Ball

5-Uhr-Tee — Abend-Konzert
Kapellmeister Heinz Putsche
mit 12 Künstlern

Deutschnationaler Parteitag Sachsen.

Das Programm der Partei. — Die Stellung zur sächsischen Politik. — Eine Entschließung zur Reparationsnote.

(Von unserem nach Löbau entlaufenen Sonderberichterstatter.)

Löbau, 1. April 1922.

Bei einer einindrucksvollen Kundgebung für die Deutsch-nationale Volkspartei gesellte sich der bereits für Februar geplante, aber infolge des Eisenbahnerstreiks auf den ersten April verschobene Wahlkreisparteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei, der am Vormittag bereits eine große Zahl von besonders geladenen Vertretern der einzelnen Orts- und Vereinsgruppen zu einer internen Aussprache mit den Abgeordneten der Partei vereinigte, während in einer großen öffentlichen Hauptversammlung die Ziele und Bünde der Partei und ihrer Mitglieder dargelegt wurden. Bunt zusammengetuftet die Schar der Teilnehmer, vom Arbeiter bis zum Gutsbesitzer, vom Handwerker und Kleinhandelsbetreter bis zum Industriellen, und kein Mangel, keine Opposition hätte die impulsive Versammlung die nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Löbau, Kaufmann Blonski, ebenso wie die Vertreterversammlung am Vormittag mit einer

programmatischen Rede Fabrikdirektor Nehnigs (Nadeau), des ersten Vorsitzenden des Wahlkreisverbandes Sachsen eingelöst wurde. In festen Strichen zog der Redner für die Ziele der Partei. Er ging aus von dem verhängnisvollen Eisenbahnerstreik, der die ursprünglich angekündigte Tagung verhindert hatte und der ein Beispiel für die zerstreuende Krankheit, die heute das deutsche Volk erfaßt habe, sei. Nicht Einkommenserhöhungen seien die wirtschaftlichen Folgen dieses Streiks, sondern eine riesige Materialverschwendungsrate — die Zahl der unbrauchbaren Produktionsmittel sei von einem Drittel auf die Hälfte herabgesetzt worden —, dauernde Transporthemmung, Güterverzettelung und die Schwächung der landwirtschaftlichen Produktion. Mit der Verlegung der Tagung auf den Geburtstag Bismarcks bringe man zum Ausdruck, daß das Ziel der Partei auf die Einheit des Volkes gerichtet sei, daß ihr Weg politisch jenseitig, nicht negativ kritisiert sein werde. Zusammenfassung der Kräfte, die sich heute zum Teil noch in kontrahierter, weit über das Maß hinausgehender individueller Kritik zerstreuen, sei die Lösung; denn große Machtanlagen können sich nur aus der Gesellschaftsgemeinschaft herausbilden, für die es der ganzen Geistesmenge eines Volkes bedürfe. Die Entwicklung sei von negativer Kritik und dem Blick auf das höhere Ziel auch richtunggebend für das Verhältnis an den Nachbarparteien.

nämlich das höhere Ziel des Reichsblocks, des Regierungsblocks gegen die Linksparteien. Über die Haltung zu verteilen, die die Deutsche Volkspartei der Regierung Birth und der Zwangsankündigung gegenüber eingenommen habe, sei — so sehr sie auch zur Kritik verleiten möge — Sache der Wähler, denen gegenüber es nur gelte, die Haltung der Deutsch-nationalen Partei klarzulegen und zu begründen. Man müsse sich jeder Koalition enthalten, die eine Preisgabe der Parteigrundsätze bedeute.

Die Deutsch-nationale Volkspartei müsse ferner ihre prinzipielle Einstellungnahme zur Katastrophenpolitik festlegen. Die Katastrophe sei durch Bewilligungsangst nicht zu verhindern. Ob man erfülle oder nicht, müsse es zur Katastrophe kommen. Es sei darum ein Zweck, und bewußt in namenlosem Elend zu führen, um der Welt den Unsan der Reparation zu beweisen. Der Erfüllungswahn sei Geschrei, da wie in Kurze zusammenbrechen müssten.

Man spreche darum nur die Sprache der Vernunft, wenn man verlange, es nicht erst zu einer Schwächung des deutschen Volkes bis zum Weißblutigen kommen zu lassen — denn

nicht nur die Wirtschaft, der Beamte, der Angestellte und der Arbeiter müssen ebenso hoffnungslos mitverantworten — sondern die auch bei der Erfüllung unvermeidliche Auseinanderziehung sofort herbeizuführen. Die positive Idee dabei sei, daß sich die Deutsch-nationale Partei zu einer Opferwilligkeit unbefangener Größe entschließen werde, wenn die Aussicht bestünde, durch eine endgültige kurzfristige Liquidation von Verhältnissen und aller späteren Expressioen ein freies schaffendes Volk zu werden. Darauf könne man die lechte Kraft sehen; aber es sei ein gewaltiger Unterschied, ob man ein geschwächtes, ausgeschlagenes und völlig demoralisiertes Volk vor die gewaltige Aufgabe des Neuanbaus stelle, oder ein Volk, das noch dazu fähig sei. Wenn auch die Politik der Entente eine Bluffpolitik sei, die in härtestem Widerspruch zu den inneren Werten der Ententestaaten stehe, so dürfe man nicht auf die andern hoffen, sondern nur auf sich selbst, und heute noch lebe die Deutsch-nationale Volkspartei im deutschen Volke das härteste der Erde. Niemals sei es Katastrophenpolitik, ein extraktives Maß der Liquidation zu fordern, sondern damit vertrete die Partei die Prinzipien der Lebendigkeit des deutschen Volkes. Die reine Politik der Grundsatzfreudlichkeit der Regierung sei hierfür ein Hindernis, und auch der Gewissenskonflikt werde nichts helfen. Absolute Klarheit müsse man von der Regierung fordern, und daß Dr. Birth auch jetzt wieder der Entscheidung ausgewichen sei, sei der Grund des Misstrauensantrages gewesen. Dr. Nadeau habe feststellen müssen, daß es nie ein Volk gegeben habe, dem man schon so viel abgenommen habe. Man könne aber seine Regierung dulden, die die Kräfte des Volkes in dieser Weise noch weiter verschlendere. Auch die Zwangsankündigung könne nichts nützen, da heute schon der Geldmarkt in einem Umfang verkehrt sei, von dem man keine Ahnung habe. Dente könne man über-

haupt keine Goldanleihe aufnehmen, da man nicht wisse, ob ihr Wert bis zur Verantragung nicht bereits auf 120 bis 150 Milliarden gesunken sei. Judem werde auch sie nur in das „Jahr ohne Boden“ geschlüttet.

Bur inneren Politik zurückhaltend, betonte Direktor Nehnig die großen sozialen Pflichten der Partei, die beweisen müsse, daß sie die Volksgemeinschaft wahrhaft anstrebe, dadurch, daß sie den alten Herrenstandpunkt endgültig ablehnt, dadurch, daß sie den Wert des Menschen höher stellt als die vergangene Zeit. Die Partei müsse zustimmen, die folgende Not des Volkes mit allen Mitteln und Opfern zu befechten und darf in keiner praktischen Rücksicht vor Oxfen und Jagdstandpunkten nicht zurücktreten. Diese Rücksichtslosigkeit betreibe man auch, wenn man die Gefüße der Nachbarparteien schone. Die wirkliche Volksgemeinschaft könne nur auf wohlmenschlicher, deutscher und nationaler Grundlage erscheinen. Der Redner vermeidet dann auf das

große Hilfswerk der Landwirtschaft,

dem die allergrößte Bedeutung zuliege. Zum müssen aber auch eine gleich große Opferwillingkeit der Industrie entsprechen, um dieses Hilfswerk durch die Förderung der notwendigen Maschinen zu fördern. Dazu sei es auch nötig, daß die Industrie einem Abwandern der landwirtschaftlichen Arbeiter entgegenwirke; denn eine Förderung der Produktion bedeutet heute in erster Linie einen Gewinn an Papier scheinen, während die landwirtschaftliche Erzeugung Wert gewinne und damit die Not lindern halte. Jedes Unternehmen hilft mit an der Besserung unserer Schäfts, und damit legt man das Bekennnis ab zu einem Geschlecht, das irs Helle strebe.

Nachdem der Vortrag veranschlagt war, sprach Landtagsabgeordneter Ekonominrat Schmidt über

die ländliche Politik

und die schwierige Arbeit der Landtagsfraktion. Er ermahnte die Landwirtschaft, sei bei der Partei auszuharren und die Kräfte nicht durch besondere Landverbände zu zerstören. Die trauten Verhältnisse im Landtage und in den Ausschüssen, wo überall die bürgerliche Minorität mit einer Stimme niedergesetzt wird, seien ein Beweis für die Unhaltbarkeit des parlamentarischen Systems in Sachsen; denn nach dem Mehrheitswillen des Volkes kämen gerade die heterogenen Elemente, die Sozialisten und die Deutschen zusammen. Die Sozialisten nützen ihre Macht, die sie den Kommunisten verdankten, in rücksichtsloser Weise aus, und wenn sich in letzter Zeit die bürgerlichen Parteien zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden hätten, so sei das lediglich eine Folge der miserablen Behandlung, die alle bürgerlichen Parteien von der Regierung erleidet haben. Trotz der Einschränkung des Verhandlungsbereiches seien die Tagungen länger und der Stoff größer geworden. 119 Vorlagen seien bisher zur Verhandlung gekommen, aber es davon seien überwältigt gewesen. Der Redner nahm dann gegen die geplanten neuen Feiertage starke Stellung, wie er überhaupt die Haltung der Regierung stark gelobte, die heute eine Gewaltsherrschaft ausübt und die Verschwendung zwischen Erzeugern und Verbrauchern auf die Spitze getrieben habe. Die ländliche Regierung gelse daher der härteste Kampf der Partei.

An Stelle des durch die Endabstimmung über die Steuervorlagen im Reichstag am Ende vorgenommenen Entschließungen Dr. Reicherts sprach darauf der Reichstagabgeordnete Domke über Zusammenfassung und Aufgaben des Reichswirtschaftsrates und über die bekannte Steuernahme der Reichstagsfraktion an den Steuervorlagen. Er begründete ausführlich die ablehnende Haltung der Partei gegenüber der Zwangsankündigung und betonte die positive Mitarbeit an den anderen Steuervorlagen, um die Reichsfinanzen zu sanieren. Von besonderem Interesse war von den Mitteilungen aus dem Reichstag die Anerkennung eines Entenvertreters, der bei den Beratungen über die Reparationsnote erklärte, daß selbst bei einer außermündenden Haltung sehr bald eine

neue, noch unerfüllbare Note

kommen würde. Die Entente könne die wirtschaftliche Belebungsgrenze Deutschlands ganz genau, aber die Autarkiezone seien bereit, und die Schwächung Deutschlands sei das Ziel. Diese Neuerung könne auch Herr Nadeau. Wie ziellos die Regierung der Teuerung und der Lebensmittelknappheit gegenübergesehen habe, bewies der Redner durch einen Brief des Reichsnährungsministers, der dem Abgeordneten auf einen Tag, die im Sommer günstige Konjunktur für Auslands- und freies Auslandsgeschäft mit Rücksicht auf die zu erwartende Kartellknappheit zum Betriebsaufbau ausgenützt, geantwortet habe, daß die Regierung „neutrale Maßnahmen“ getroffen habe. Mit einer Münzung zur Rückkehr zum Welten Bismarcks schloß der Redner seine Ausführungen.

In der Ausführung kamen neben einem Gutbeschluß und dem Landtagsabgeordneten Grellmann noch besonders zwei Handwerksmeister zu Wort, die unter dem Beifall der Versammlung in flüssigen Worten die Bewertung des Handwerks zur deutsch-nationalen Partei ausdrückten und die Körnlichkeit der Erhaltung des schaffenden Mittelstandes betonten. Am gleichen Sinne sprach ein Vertreter des Kleinhändels, der in der Partei die Vertretung der Interessen des Kleinhändels ebenfalls für am besten gewählt erklärte.

Zum Schluss der Hauptversammlung wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:

„Die Reichsregierung hat mit den Reden des Reichskanzlers und des Außenministers Nadeau zur letzten Reparationsnote erneut bewiesen, daß sie auch heute noch nicht die ganze Ausführbarkeit und Verbindlichkeit ihrer Erfüllungspolitik bearbeitet hat. Wir bedauern, daß sie wiederum eine Reichstagssmechtheit zur Billigung des Abstimmungspunktes gefunden hat, obwohl bisher jede Abstimmung gegen die anmaßenden Forderungen des Reichsverbandes mit neuen Herabmildrigungen beantwortet worden ist. Wir haben deshalb mit Genugtuung den Reichstagsantrag der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion empfunden als die einzige Antwort, die sich nach unserer Überzeugung mit deutscher Würde vertritt. Wir erklären dies bewußt am Geburtstage Bismarcks.“

Langanhaltender Beifall folgte den Schlussworten des Vorsitzenden und den Ausführungen der einzelnen Redner.

Die Vertragslegung

am Sonnabend vormittag, die in der Hauptloge einer engen Führungnahme der Vertreter der Kreisgruppen mit der Parteileitung und den Abgeordneten gewidmet war, brachte nach der bereits erwähnten Programmklärung des Vorsitzenden Direktor Nehnig ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion durch den Reichstagabgeordneten Domke und den Landtagsabgeordneten Domke. Beide Abgeordneten äußerten, daß sie durch den Vorsitzenden Direktor Martin Wahnsin vom Zentrum auf deutsch-nationalen Partei eingetretene Bewegung immer stärkeren Umfang annahme und daß die Erfahrung immer mehr wache, daß das Zentrum nicht die Vertretung der deutschen Katholiken sei. Die Rednerin möchte auch darauf hinweisen, daß sie in Dresden ein Katholiken-Anschluß der Partei gebildet habe. Derstellvertretende Vorsitzende des Wahlkreisverbandes, Reichsanwalt Dr. Philipp, hob die Pflicht zur Sammlung der rechtsstehenden Katholiken bevor unter Betonung des Kardinalpunktes des deutsch-nationalen Programms, daß die Partei auf kirchlichen Boden steht. Die neue Bewegung, die einen unerwarteten Umfang angenommen habe, bedeutet keine Beeinträchtigung der evangelischen Kirchen, vielmehr könne sie neue Ausschüttungen im Verein mit dem katholischen Ausdruck des Kulturaustausches erträglich zusammenwirken.

Den Abschluß der arbeitsreichen Tagung bildete ein Bismarck-Kommers, der, mit dem Deutschland-Liede beginnend, erhebliche Antritte des Obersten Kreises und des Abgeordneten Dr. Philipp brachte.

Sondertagung deutsch-nationaler Frauen.

Nachmittags 8 Uhr hand im „Wettiner Hof“ eine Sondertagung der deutsch-nationalen Frauen statt, die vom Rittergutsbesitzer Henrich Taubenheim eröffnet und von Frau Wahnsin geleitet wurde. Diese stellte fest, daß die deutsch-nationalen Volksfrauen nicht, wie man oft hörte, eine Agrarpartei sei, sondern daß sie den Willen habe, alle Volksfrauen in sich zu vereinigen zum Kampf gegen den Internationalismus. Frau Landtagsabgeordnete Wahnsin sprach über: „Gingest aus dem Landtage“. Sie ging zunächst auf die abwehrenden Schulfragen ein, wobei sie betonte, daß der Frau jetzt durch das Gesetz in Sachsen der Erwerb der Gleichberechtigung mit dem Mann ein eingeräumt sei, und legte in kurzen Sätzen den Anhalt des Reichs-Auslandswirtschafts-Gesetzes dar. Des Weiteren sprach sie über den Schulbau, Umwandlung der Seminare, Mädchensorbildungsschulen und Frauenbildung. Die Mädchensorbildungsschulen, namentlich auf dem Lande, begegnen noch großen Schwierigkeiten, doch kann man vertraulich ihrer weiteren Entwicklung entgegensehen. Ihre weiteren Ausschüttungen galten der Frage: „Wie kann im Berufs- und Kaufmännertum“. Die Frau forderte Schäfte und Gehworene werden, und es soll ihr auch das Berufsrichteramt erschlossen werden. Zum Schluß gaben die Rednerin noch auf die Frage des Mädchenschulbesitzes ein. Vor dem Krieg hat die Partei erfolgreiche Arbeit gegen den Mädchenschulbesitz getrieben. Im Kriege aber handelt es wieder in Süste, namentlich in Preußen. 400 deutsche Mädchen sind nach Westen in die Regierungsbezirke vertrieben worden. Es ist schwer, die einzelnen Fälle aufzudecken, weil das Schleppkapital daran beteiligt ist. Trübe Bilder dieses traurigen Kapitels entrollte die Rednerin mit ihren Ausschüttungen

Der frühere Kaiser Karl †.

London, 1. April. Stenner meldet aus Aachen, daß der frühere Kaiser Karl gestorben ist. (W. T. V.)

Der letzte Herrscher des österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie ist in Rumänien auf Madara, wohin ihn die Entente verbannt hatte, gestorben. Nur ein Alter von 44 Jahren hat Kaiser Karl erreicht. Am 17. August 1887 wurde er als Sohn des Erzherzogs Otto Franz Joseph zu Österreich geboren. Seine Mutter war die Erzherzogin Maria Theresia, eine Schwester des Königs Friedrich August von Sachsen. Schon frühzeitig trat der junge Erzherzog Franz Joseph in die österreichisch-ungarische Armee ein, um sich später in Prag dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften zu widmen. Von 1908 ab tat der Erzherzog wieder Dienst in der Armee, zum Teil unter der unmittelbaren Leitung seines Onkels, des Erzherzogs Franz Ferdinand. Am 21. Oktober 1911 vertröpfelte sich der Erzherzog mit der Prinzessin Zita von Bourbon-Parma, dem vierzehnten von den einundzwanzig Kindern des im Februar 1907 verstorbene Erzherzogs Robert von Parma. Nach der Ernennung des Erzherzogs Franz Ferdinand am 8. Juni 1914 ging die unmittelbare Thronfolgerschaft auf Erzherzog Karl über. Als Kaiser Franz Joseph II. am 21. November 1916 seine Angen für immer schloß, bestieg Erzherzog Karl in unruhiger Zeit den Thron der Habsburger.

Der Kaiserwahl war nicht zum Herrscher gekommen. Seine Abhängen waren wohl die besten, aber von Charakter schwach und unentschlossen, in seinen Plänen und Zielen ein und her schwankend, wurde er zum Spielball seiner Umgebung, die ihn in einen gegen Deutschland gerichteten Krieg hineindrängte. Besonders verderbt war der Einfluß, den die Kaiserin Zita auf ihn ausübte und dem es auch auswirkt, daß der Kaiser sich mit dem schmiedlichen in Deutschland begangenen Vertrag durch die Sitzesbriefe und die spätere Vertrag vom Bündnis befleckt. Am 11. November 1918 dankte Kaiser Karl ab und nahm seinen Aufenthalts in der Schweiz von wo aus er zweimal den unglücklichen Reich unterwarf, den Thron in Ungarn auszutauschen.

An monarchistischen Kreisen wird gesagt, daß der Erzherzog seinem Auge nach Ungarn im Oktober vorigen Jahres im Testamente abgelaßt habe, daß in erster Linie politischen Anhalts wäre und sich mit der Frage beschäftigt habe, wie für den künftigen Europäerkonföderationen Zita die Regierungsoberhaupt aussehen sollte. In dem Testamente werde ferner der Bündnis ausgesprochen, daß die Kaiserin nach Wien in die Kapuzinerkloster eingeschlossen werde. In den erwähnten Kreisen wird auf die unter ähnlichen Verhältnissen ohne Beantwortung seitens der deutschen Staatsgewalt erfolgte Verdrängung der deutschen Kaiserin in Potsdam dagegen. Eine Rückkehr des früheren Kaisers Zita nach Österreich möchte nicht in Frage kommen, da ein Attentat des Hauses Habsburg den österreichischen Boden nur dann betreten darf, wenn es ein Ersatzelobnis für die Republik abgegeben hat, was Zita nicht geben hat. In ungarischen legitimistischen Kreisen wird erklärt, daß jetzt die Kaiserin Zita neu aufgestellt werden, und daß sie eine energische Rettung einleiten würden, um Zita bis zur Freiheitlichkeit des Kronprinzen Otto als Königin von Ungarn einzuführen. In Budapest und Wien fanden Mittelpunktliche zur Verhinderung statt, an denen in Wien ziemlich die Aristokratie teilnahm. In den Kreisen des sozialen

Vereins ist eine Juwelenansammlung eingefüllt worden, um der Zita eine größere Geldspende zur Verfügung zu stellen. Aus Blättern und anderen Sammelstudien wurden Juwelen herausgebrochen und in die leeren Häsungen zum Zeichen dieses Opfers keine neuen Steine eingesetzt.

Ungarns Trauer.

Budapest, 2. April. Die Kunde vom Ableben des ehemaligen Königs verbreitete sich in den Abendblättern. Die meisten Blätter verantworteften Extraausgaben. Graf Apponyi äußerte sich über die durch den Tod eingetretene ungarnsche Lage, seiner Ansicht nach könne der einzige gefährliche Standpunkt nur der sein, daß Otto, der erzgeborene Sohn des Verstorbenen, ungarischer König thöre die Aussöhnung der dem Ministerpräsidenten Grósz Bethlen nahestehenden Kreise erfordert der „Peter Lloyd“, man vege die Hoffnung, daß die blödigen schweren Gewissensabfälle und später ganz ausgeschaltet werden könnten, da nun einmal der schwere Punkt des Konfliktes, die Person des getöteten Königs, nicht mehr in Frage kommt. Stephan Friedrich ist der Ansicht, daß Erzherzog Otto im Sinne des Erbfolgerechts König von Ungarn sei.

Die ungarische Regierung hat auf Anlaß des Ablebens des ehemaligen Königs Karl die Staat- und Militärbediensteten angewiesen, auf den öffentlichen Gebäuden und Gedenken die Trauerfahne zu hissen. Am Sonntag, sowie am Tage der Beisetzung studieren in den Theatern und Vergnügungsstätten keine Vorstellungen statt. In den Gast- und Kaffeehäusern ist die Musik verboten. Am Tage der Beisetzung findet in den öffentlichen Gedenkstätten eine feierliche Trauergottesdienst statt. Der Reichsverweser richtete an Königin Zita eine Beileidsrede, in der er der Teilnahme der ungarischen Nation Ausdruck verleiht. (W. T. V.)

Die Stimmung in Österreich.

Wien 2. April. In ihren Artikeln über das Ableben des früheren Kaisers Karl ergeben sich verschiedene bürgerliche Blätter in Vermutungen über die politischen Folgen des Todesfalls, namentlich über die dadurch auftretenden staatsrechtlichen Probleme in Ungarn. Die „Reichszeitung“ schreibt ihren Nachruf mit einer Ausförderung der Verlobung und fort: „Man wird der Republik am besten dienen, indem man der verschwundenen Majestät des Todes die Ehre gibt und damit viel Wunden sich schließen läßt.“ Das Organ der Großdeutschen, die „Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung“, erwähnt, wie auch ähnlich das „Neue Wiener Tagblatt“, daß die Enttäuschung, die Kaiser Karl den Deutschen Österreich bereitet hatte, gegenwärtig wohl verstimmt wird, aber nicht vergessen werden kann. Die „Arbeiterzeitung“ bezeichnet das Sterben des Kaisers aufgrund nicht als rein menschliche, sondern als politische Angelegenheit. (W. T. V.)

Die letzten Stunden des Erklasses.

London, 2. April. Nach einer Neuternmeldung aus Aachen waren beim Tode des Erklasses Karl seine Weimahlin und sein ältester Sohn zugensein. Die Kaiserin halte den Bunsch gehoben, eine Transfusion ihres Blutes vornehmen zu lassen, aber die Ärzte erklärten sich dagegen. Alle Weisheiten haben zum Zeichen der Trauer geschlossen. Das Mindest mit der Witwe und ihren Kindern ist allgemein die Anteilnahme teilnahm. In den Kreisen des sozialen

Die Steuervorlagen im Reichstag.

(Nachrichten aus dem Berliner Schriftsteller)

Berlin, 1. April. In der Weiterberatung des Umlaufsteuergesetzes

im Reichstag stieß Abgeordneter Brodau (Dem.), die Handelsvertreter, von der Umlaufsteuer freizulassen. Es handelt sich nicht um eine Vergütung, sondern um die Vereinfachung einer Ausnahmevereinbarung. Die Berichtigung des Handelsvertreters zur Umlaufsteuer ist unlogisch, unzureichend, bedeutet eine werte Erfüllung seiner. Es handelt sich nicht etwa darum, um großvolumige, sondern mehr um mittlere und kleine Unternehmen. Abg. Dr. Helfferich (D. A.) begrüßt die Vereinbarung des Antrags. Der Worte sind genug gewechselt. Reichskanzlerminister Dr. Hermann hältte auch heute um Ablehnung des Antrags. Der Charakter der Umlaufsteuer gestattet keine Abnahmen. Abg. Marx (Genr.) steht darauf angehoben, die Regierungserklärung die Übereinkunft des Rentenamtes vom dem Antrage zurück. Der Antrag wird darauf abgelehnt. Ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten auf Steuerfreiheit der sozialen Behandlung und der Heilmittel von der Umlaufsteuer wird angenommen.

Nach § 20 erhöht sich die Steuer auf 3 Prozent des Umlaufs vor der Übernahme von Ansetzen. Nach § 27 erhebt sich bei Leistungen und Leistungsfällen die Steuer für die Übernahme von Ansetzen nach einem Antrage Crispin (Unabh. Soz.) für den die ganze Umlauf- und die Deutschnationalen stimmen, von den ersten 200 000 Mark bis innerhalb eines Kalendervierteljahrs vereinbarten Entnahmen am 1. Proz., von den nächsten 200 000 Mark 1½ Prozent, von den nächsten 200 000 Mark auf 2 Proz., von den nächsten 200 000 Mark auf 2½ Prozent, von den nächsten 100 000 Mark auf 3 Prozent, von den nächsten 100 000 Mark auf 3½ Prozent und von den darüber hinausgehenden Beträgen auf 4 Prozent.

Das Umlaufenergebnis wird darauf in dritter Sitzung endgültig angenommen. Es tritt zw. wirkend vom 1. Januar 1919 in Kraft. Ein Antrag, es erst am 1. April in Kraft treten zu lassen, wurde abgelehnt.

Erhöhung einzelner Verbrauchsteuern.

Es folgt dann die dritte Beratung der Vorlagen zur Erhöhung der Weinbrennholzsteuer, Sandsteuer, Blei- und Mineralölsteuer, Tabaksteuer. Abg. Neumeyer (Kom.) befampt in langer Rede jährl. Erhöhung der Verbrauchsteuern. — Abg. Mehrhof (Unabh. Soz.) protestiert erneut gegen den Weinbrennholzsteuer, der zum Teil liegt, wie durch die Weinbrennholzsteuer, Spülholz und Kleinfabrik wirkt. — Bei der Tabaksteuer wird ein Antrag angenommen, wonach der Reichsfinanzminister für den Fall eines wirtschaftlichen Bedürfnisses ermächtigt wird, Erhöhungen ergriffen zu können, um die Wirtschaft des Alters- und der Jugendlichen zu fördern. — Bei der Bleisteuer wird auch eine Erhöhung, in der die Reichsregierung erachtet wird, die Höchstgrenze vorgesehen, daß auch noch Infrastrukturen der neuen Steuerlage die Verstellung einer Qualitätsgarantie noch möglich ist. Die Weise zur Erhöhung der Verbrauchsteuern werden darauf in dritter Sitzung angenommen. Ebenso angenommen werden in dritter Sitzung die Weise über die Erhöhung von Salinen und über die Aufhebung vorübergehender Besteuerungen.

Das Industriegerichts

wird in dritter Sitzung ohne Ausprache angenommen; ebenso das Süßstoffgesetz. Auch das Mennwett- und Sortiersteuergesetz wird ohne Ausprache in dritter Sitzung verabschiedet. Weiter werden in dritter Sitzung unverändert angenommen das Kraftfahrzeugsteuergesetz und das Versteigerungssteuergesetz. Damit sind auch die Verbrauchsteuern in dritter Sitzung angenommen.

Es folgt die zweite Sitzung des Gesetzwurfs über Änderungen im Finanzwesen (Mantelgesetz).

Abg. Marx (Genr.) beantragt dazu folgende Entschließung:

Poincaré gegen Rathenau.

Paris, 1. April. In der Kammer begann heute die angekündigte große Interpellation über die auswärtige Politik. Nachdem der Kommunistenführer Gachin die Einladung Russlands nach Paris als Anfang einer Annahme geordneter Beziehungen zwischen dem internationalen Kapitalismus und Moskau begrüßt hatte, ergriff unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses der frühere Ministerpräsident Briand das Wort. Er wandte sich noch einmal energisch gegen die Behauptung, daß er in Washington Hughes ein Bündnis gegen England angeboten habe. Dann stellte er fest, daß die Stellung der französischen Flotte durch die Beschlüsse der „Abstimmungskonferenz“ vorteilhaft geblieben wäre und kam schließlich auf die Unterredungen in London und Cannes zu sprechen, wobei er den bekannten Standpunkt Frankreichs in allen kritischen Fragen nochmals darlegte. Es erhob sich die Frage, ob Lloyd George die Absicht haben würde, den

Vertrag von Versailles in Genua revidieren

zu lassen. Die französische Regierung möchte, daß zwischen Frankreich und Belgien eine gemeinsame Grenze gegenüber Deutschland zu verteidigen wäre. Wenn diese von Frankreich und Belgien verteidigt würde, dann müßte England dagegenüber zu verteidigen hätte. Lloyd George habe nun zwar den Allianzgedanken infolge innerpolitischer Schwierigkeiten in England abgelehnt, doch aber bereits erklärt, bei seinen Kollegen für ihn einzutreten. Diese sollte in dem Sinn aufgefasst werden, daß England zu Verteidigung Frankreichs und Belgien eine gemeinsame Grenze Deutschland gegenüber verteidigen müsse. Die Gespräche mit Lloyd George dienten ausschließlich dem Zweck, die Möglichkeit einer Kriegsgefahr zu befechten. — Poincaré macht den Aufruf, daß diese Gespräche mit England noch gegenwärtig fortfahren. Briand erklärte weiter, daß er keine Gedanken über die Allianz Lloyd George schriftlich mitgeteilt habe. Zwei Tage später habe er zu seiner großen Freude von Lloyd George die Mitteilung bekommen, daß er seine Zustimmung gebe, der mit Frankreich zu schließende Allianzvertrag solle den Zweck haben, eine gemeinsame Grenze gegenüber Deutschland zu verteidigen. Diese Mitteilung Lloyd Georges wurde durch Briand dem Präsidenten der Republik, Millerand, übertragen. Dieser habe die Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten für beständig befunden. Als aber Briand dann aus Cannes nach Paris zurückkehrte, habe er hier trotz des bevorstehenden Abschlusses der Allianz mit England eine vergessene Abmilderung gefunden. Er habe sofort das Gefühl gehabt, seine Aufgabe nicht weiter durchführen zu können und seine Demission gegeben.

Nach Briand ergreift Ministerpräsident

Poincaré

des Wort und erklärt, das Abkommen von Washington werde der Billigung des Parlaments unterbreitet werden. Er verzichtete auf den von den Sozialisten gemachten Antrag und wiederholte seine gestern abgegebene Erklärung, daß er nur mit den Alliierten arbeiten wolle. Auf die Erklärungen Dr. Rathenau im Reichstag antwortend, sagt der Ministerpräsident, das nach seiner Zusammenkunft mit Lloyd George in Boulogne abgegebene Kommandat stelle eine vorherige Antwort auf diese Rede dar. Herr Rathenau habe damals aus Genua noch Paris zurückgekehrt, habe er hier trotz des bevorstehenden Abschlusses der Allianz mit England eine vergessene Abmilderung gefunden. Er habe sofort das Gefühl gehabt, seine Aufgabe nicht weiter durchführen zu können und seine Demission gegeben.

Nach der Rede Poincarés wird die weitere Debatte auf Montag verhoben. (W. T. V.)

Örtliches und Sächsisches.

Die Bismarckfeier der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt ihre Bismarckfeier am Sonnabend abends im Schwarz-Weiß-Rot ausgesetzten Saal des St. Petrushauses ab. Der Vorsitzende, Sanitätsrat Dr. Freytag, eröffnete bei seiner Begrüßungsrede, der Massenbuch der Freiheit sei ein Beweis dafür, daß weitreichende Kreise der Bevölkerung sich die nationalen Gedächtnisse nicht auslöschen lassen. Die französische Regierung habe nicht die hochmütige Annahme, über ihre Alliierten im Laufe von Verhandlungen Siege davontragen zu wollen. Sie habe nur den Wunsch, mit ihren Alliierten die gemeinsamen und ihre eigenen Rechte zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.) Ein Beitrag ist von Deutschland und von den Alliierten feierlich unterzeichnet worden. Er muß gebilligt werden. (Beifall.) Frankreich habe weder direkt noch indirekt verlangt, daß die Bismarck-Konferenz in Frage gestellt werde. In Genua könne Deutschland weder über den Vertrag der französischen Forderungen diskutieren, noch den Vertrag machen, sich auf diese oder jene Macht zu rufen, um die einmütige Entscheidung über die Bismarck-Konferenz unmöglich zu machen. Rathenau habe erklärt, daß keiner man der Bismarck-Konferenz das Herauferbrechen, das ich übertrieben, Frankreich könne sich zu derartigen Diskussionen nicht herzulegen. Es werde in Genua die in Deutschland häufig anzutreffende Ansicht vorzeigen: „Verboten.“ Und wenn man davon abhebe, dann erlangt Frankreich seine Freiheit wieder.

Nach der Rede Poincarés wird die weitere Debatte auf Montag verhoben. (W. T. V.)

Die deutsche Regierung und der Vorfall in Hamborn.

Berlin, 1. April. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Gelandter Landsberg, hat heute den belgischen Ministerpräsidenten Theunis ausgetragen, um ihm auftragsgemäß das Bedauern der deutschen Regierung zu über den Vorfall in Hamborn auszusprechen, dem ein unbeschreiblich belästigter Offizier zum Opfer gefallen ist. Gleichzeitig möchte er davon Mitteilung, daß alle Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Urheber des Attentats zu ermitteln und der verdächtigen Städte zu verhelfen. Für den Fall, daß die Untersuchung ein Verhältnis zu dem kalten Krieg zwischen dem Reich und dem belgischen Verwaltungswesen besteht, wird die Reichsregierung erneut die Erhöhung der Landessteuergesetze und der Reichssteuergesetze annehmen, so daß die Entscheidung den einzelnen Ländern überlassen bleibt.

Das Haus versammelt sich auf Montag, 2 Uhr, Auswärtiges Amt und deutschnationale Interpellation über die Weißfelddörfer. Schluss gegen 4 Uhr.

Die Schweiz und die Rheinschiffahrt.

Bern, 1. April. In Beantwortung einer Anfrage im schweizerischen Nationalrat erklärte der Bundesrat, daß er bezüglich der Rheinschiffahrt im Sinne der Meinung des Schweizer Volkes auf dem Boden sehe, daß die Rheinschiffahrt eine internationale Angelegenheit bleiben müsse und infolgedessen nicht der Plan eines Kanals auf französischem Boden, sondern nur die Regulierung des bestehenden Rheinbediens angenommen werden könne. (W. T. V.)

Die Bismarckfeier der Deutschen Nationalen Volkspartei. Die Ortsgruppe Dresden der Deutschen Nationalen Volkspartei hielt ihre Bismarckfeier am Sonnabend abends im Schwarz-Weiß-Rot ausgesetzten Saal des St. Petrushauses ab. Der Vorsitzende, Sanitätsrat Dr. Freytag, eröffnete bei seiner Begrüßungsrede, der Massenbuch der Freiheit sei ein Beweis dafür, daß weitreichende Kreise der Bevölkerung sich die nationalen Gedächtnisse nicht auslöschen lassen. Die französische Regierung habe nicht die hochmütige Annahme, über ihre Alliierten im Laufe von Verhandlungen Siege davontragen zu wollen. Sie habe nur den Wunsch, mit ihren Alliierten die gemeinsamen und ihre eigenen Rechte zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.) Ein Beitrag ist von Deutschland und von den Alliierten feierlich unterzeichnet worden. Er muß gebilligt werden. (Beifall.) Frankreich habe weder direkt noch indirekt verlangt, daß die Bismarck-Konferenz in Frage gestellt werde. In Genua könne Deutschland weder über den Vertrag der französischen Forderungen diskutieren, noch den Vertrag machen, sich auf diese oder jene Macht zu rufen, um die einmütige Entscheidung über die Bismarck-Konferenz unmöglich zu machen. Rathenau habe erklärt, daß keiner man der Bismarck-Konferenz das Herauferbrechen, das ich übertrieben, Frankreich könne sich zu derartigen Diskussionen nicht herzulegen. Es werde in Genua die in Deutschland häufig anzutreffende Ansicht vorzeigen: „Verboten.“ Und wenn man davon abhebe, dann erlangt Frankreich seine Freiheit wieder.

Nach der Rede Poincarés wird die weitere Debatte auf Montag verhoben. (W. T. V.)

